

Volkshörner

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage „Neue Welt“) Friedrich Wähler, Magdeburg, Breitenweg 127, Nebentür: Breitenweg 127 (Eingang Schrottorstraße). Preis: 1 Mark pro Quartal, 3 Mark pro Halbjahr, 10 Mark pro Jahr. Einzelne Nummern (einschl. der Beilage) 2 Pf. 10. Bei den Postämtern 25 Pf. 10. Postgebühr 10 Pf. 10. Anzeigengebühr 10 Pf. 10. Druck: 127, Nebentür: Breitenweg 127 (Eingang Schrottorstraße). Preis: 1 Mark pro Quartal, 3 Mark pro Halbjahr, 10 Mark pro Jahr. Einzelne Nummern (einschl. der Beilage) 2 Pf. 10. Bei den Postämtern 25 Pf. 10. Postgebühr 10 Pf. 10. Anzeigengebühr 10 Pf. 10.

Nr. 235. Magdeburg, Freitag, den 8. Oktober 1897. 8. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.

Banditenpolitik.

Bebel's Rede auf dem Parteitag bezüglich der Partei- und Privatgeschäfte muß den Hamburger Nachrichten den Anlaß geben, abermals das Geschrei nach einem neuen Sozialistengesetz zu erheben. „Herr Bebel“ so sagt das Bismarckblatt, „hat gestern auf dem hiesigen sozialdemokratischen Parteitage über den Schaden, den die Wiederkehr eines Sozialistengesetzes der Sozialdemokratie zufügen würde, Bemerkungen gemacht, die beachtenswert sind. Sie stehen im Gegensatz zu der hiesigen Behauptung von sozialdemokratischer Seite, daß das Sozialistengesetz der Partei nur gehützt habe, und man sich daher nichts Besseres wünschen könne, als die Reaktivierung desselben. Aus den Ausführungen des sozialistischen Parteihauptlings geht hervor, daß diese Behauptung, wie wir immer angenommen haben, unwahr und nur ein Mittel zur Irreführung der öffentlichen Meinung ist.“

Nun hat zwar noch kein Sozialdemokrat je geäußert, daß das Sozialistengesetz seiner Partei zunächst recht großen materiellen Schaden gebracht habe; wenn von einem Nutzen des Gesetzes für die Sozialdemokraten gesprochen wurde, so geschah das stets nur in dem Sinne, daß die sozialdemokratischen Ideen, gerade weil deren Träger geächtet und verfolgt wurden, um so leichter Eingang im Volke fanden. Aber mit eleganter Taschenspieler-Gewandtheit setzen sich die Hamburger Nachrichten über diesen Unterschied hinweg und fahren fort: „Wir sind der Ansicht, daß wenn der Erlaß eines neuen Spezialgesetzes gegen die Sozialdemokratie auch keine anderen Nachteile für diese haben würde, als die materiellen, die Herr Bebel angeführt hat, es Pflicht des Staates wäre, diesen Erlaß sofort ins Werk zu setzen. Die hiesigen Auslassungen des Herrn Bebel beweisen wiederholt, daß sich die Sozialdemokratie als im Kriegszustand gegen Staat und bürgerliche Gesellschaft betrachtet, was wir für zutreffend halten und immer vertreten haben, wenn wir ausführten, daß die soziale Frage keine Rechts-, sondern eine Macht- und Kriegsfrage sei, die mit den entsprechenden Mitteln zu lösen wäre. Im Kriege aber hat jede kriegsführende Partei die Pflicht, alle Nachteile, die sie dem Feinde zufügen kann, um ihn in seinen Operationen zu hindern und ihm die Fähigkeit zur längerer Fortsetzung des Kampfes zu schmälern, auch anzuwenden; denn der Zweck des Krieges ist die schnelle und vollkommene Niederwerfung des Gegners zur Erlangung eines günstigen Friedens. Dieser Zweck aber wird gefördert, wenn der Kriegszustand dem Gegner so unangenehm als möglich gemacht wird, damit er den Wunsch nach Frieden stark empfindet und in diesem Sinne auf die eigene Leitung drückt. Je schonender man den Kampf führt, um so länger wird die Widerstandslust und Widerstandsfähigkeit des Feindes dauern. Unter diesem Gesichtspunkte hat die Regierung, wenn sie die Sozialdemokratie ernstlich zu bekämpfen entschlossen ist, die Pflicht, der sozialistischen Agitation alle Schäden zuzufügen, die Herr Bebel für seine Partei von dem Wiedererlaß eines Spezialgesetzes fürchtet. Mit letzterem würde außerdem erreicht, daß die Organisation und die öffentliche Propaganda der Sozialdemokratie zerstört, sowie der Bevölkerung wieder zum Bewußtsein gebracht würde, daß die sozialdemokratische Agitation staatsgefährlich, durch die Landesgesetze verboten und mit Strafe belegt ist. Davon und von der Aufhebung der geheimen Stimmabgabe bei den Reichstagswahlen versprechen wir uns eine sehr wirksame Eindämmung der sozialdemokratischen Bewegung. Wenn die Sozialdemokratie dann versuchen wollte, auf andere Weise ihr Ziel zu erreichen, so würde damit vielleicht eine nicht ganz unerwünschte Gelegenheit zur heilsamen Abkürzung des langwierigen Verfahrens gegen sie geboten sein.“

Die Banditenpolitik, welche hier empfohlen wird, das Anstehen, einem unangenehmen Gegner einfach zu stellen, was er an Eigentum besitzt, steht den „Schützern des Eigentums“ ganz besonders wohl an. Daß daran die Gelegenheit zur Abkürzung des langwierigen Verfahrens“, d. h. zum Eingreifen der Armee, zum Gemetzel erhöht wird, entspricht ganz der Gesinnung des Bismarckschen Hintermannes.

Der Parteitag der Sozialdemokraten Deutschlands.

Hamburg, den 6. Oktober 1897. Die Debatte über den vierten Punkt der Tagesordnung wird fortgesetzt. Heute greift Liebknecht in die Debatte ein. Er geht mit den Staatsrechtlern scharf ins Gericht, die in Stuttgart ihre engsten Verbündeten sehen in der Rechtsprechung des arbeitenden und wirtschaftlichen Volkes. Das

plutokratische Regiment Rußland für Deutschland erblihen lassen, entspricht ganz dem Wesen und den Zielen einer kleinen, aber vom Staate subventionierten Klasse. Auf die Polenfrage geht Liebknecht näher ein und erfucht den Parteitag, alle Bestrebungen der Polen, die auf die Selbständigkeit des Polenreiches hinielen, unterstützen zu wollen. Eine ausführliche Aussprache fand auch statt über unsere Stellung zum Militarismus. Anlaß hierzu bot eine Aeußerung Schippels, der unseren Soldaten im Falle der Not die seitens der Regierung geforderten Waffen bewilligen wollte. Schippel hatte gar nicht Ursache, derlei Aeußerungen zu thun, da die Fraktion gegen jeden Mann und Groschen gestimmt hatte. Einmal aufgerollt die Frage, wurde sie auch zur Entscheidung gebracht. Zur Klärung trug wesentlich bei Auers Rede, die an Aeußerungen von Bebel und Liebknecht auf früheren Kongressen anknüpfte. Einen üblen Eindruck hinterließen die Ausführungen Hoffmanns (Berlin), der dem Genossen Schippel der politischen Aeußerung bezichtigte. Nach sehr trefflichen Ausführungen des Genossen Liebknecht, welcher den Verlauf der Debatte zusammenfaßte, soll dem Referenten Bebel das Schlusßwort erteilt werden. Da jedoch die Zeit vor Beginn der Mittagspause zu kurz, wird die Solinger Angelegenheit erörtert, die, wie bekannt, der Mandatsprüfungskommission zur Entscheidung übertragen war. Die Kommission empfahl dem Parteitag den Wünschen der Solinger Delegierten Rechnung zu tragen, die darin gipfeln: Die bislang in Solingen herausgegebenen zwei Arbeiterzeitungen gehen ein und werden zu einer Tageszeitung verschmolzen, die im Verlage der Parteileitung erscheint. Ferner: Genosse Schumacher verzichtet auf die Reichstagskandidatur; die Parteileitung wird beauftragt, mit den Genossen im Kreise einen außerhalb des Kreises wohnenden Genossen mit der Kandidatur zu betrauen. Eine Diskussion hierüber wird nicht gewünscht. Einstimmig acceptiert der Parteitag die Vorschläge der Kommission. Damit ist die Streitart, die in Solingen hüben wie drüben jahrelang scharf geschwungen wurde, begraben — hoffentlich für immer.

Nach Beendigung der Mittagspause ergreift Bebel das Wort. Er hat sich eine etwas längere Redezeit erbeten, um endgültig unsere Taktik zu den bevorstehenden Wahlen darzulegen. Pfarrer Raumann und Herr v. Gerlach (die Führer der Nationalsozialen) lauschen mit den Delegierten und vielen Hunderten Zuhörern den Worten unseres alterproben Genossen. Bebel freut sich zunächst über die Offenheit der Aussprache, die beweist, daß die Behauptung der Gegner unzutreffend ist: Die Delegierten seien doch nur die Drahtpuppen der Parteileitung. Nun und nimmer würden bürgerliche Parteien in ähnlicher Weise verfahren — in so offener Weise die Karten aufdecken. In Bezug auf die Taktik empfahl Bebel, die Versammlungen der Gegner zu beachten. Haben dieselben öffentliche Versammlungen einberufen, so mögen sie von unseren Genossen besucht und gewandte Redner vorgeführt werden; richtet sich aber die Aufforderung nur an die Gesinnungsgenossen der einzelnen Parteien, so seien diese Versammlungen zu meiden. Auf den von Hoffmann künstlich konstruierten Gegensatz zwischen Akademikern und Arbeitern der schwierigen Faust ging Bebel näher ein, mit kurzen Strichen das Wahngebilde zerstörend. Und nun erörterte Bebel die gestern bekannt gegebene Resolution, sie im einzelnen gegen die erfolgten Angriffe verteidigend. Es wird abgestimmt. Beschlossen wurde die Herausgabe eines parlamentarischen Handbuchs. Die Resolution Bebel wird mit einigen Zusatzanträgen gegen vier Stimmen angenommen. Damit ist der vierte Punkt der Tagesordnung auch erledigt.

Der fünfte Gegenstand betrifft die preussischen Landtagswahlen; er wird jedoch von der Tagesordnung für heute abgelehnt, da die Referenten heute allzusehr in Anspruch genommen sind.

Es wird daraufhin über die Karte er referiert. Förster empfiehlt, den Beschluß des Gothaer Parteitages zu erneuern. Zur lebhaften Auseinandersetzung führte der Antrag der Hamburger Genossen, die Arbeitsruhe am 1. Mai aufzuheben. Schließlich wird der Antrag Hamburg zurückgezogen. Der Antrag Magdeburg wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Ebenso die Herausgabe eines Flugblattes für das ganze Reich. Einstimmig wurde die Resolution des Gothaer Parteitages angenommen, womit auch dieser Punkt der Tagesordnung erledigt ist.

Morgen früh Referate und Debatte über die Landtagswahlen. — * * * Hamburg, den 6. Oktober 1897. Dritter Verhandlungstag. Vormittags-Sitzung. Zur Resolution Bebel liegt ein Amendement vor: Die Kandidaten der bürgerlichen Parteien müssen schriftlich die Erfüllung der angelegten Forderungen anerkennen. Ein Antrag verlangt, daß Doppelkandidaturen möglichst vermieden werden.

Bayer-Delmenhorst regt an, für Kandidaten nur ältere geschulte Parteigenossen in Aussicht zu nehmen. Liebknecht: Bebel hat die Lage vorzüglich gekennzeichnet, wenn er sagte, wir kommen dem Berg immer näher. Der Berg ist die schließliche Abrechnung mit der bürgerlichen Gesellschaft, es sind aber noch einige Vorberge da und einer dieser Vorberge ist der Verfassungskonflikt, den wir, glaube ich, schon jetzt nahe sind. Mit der Resolution Bebel bin ich im allgemeinen einverstanden, wenn ich auch einzelne Punkte etwas scharfer gewünscht hätte. Was heißt z. B. jede Verschlechterung des Preßgesetzes? Jede Aenderung wird von den herrschenden Klassen als Verbesserung bezeichnet werden. Gegen die schriftliche Abgabe der Versprechungen habe ich nichts einzuwenden, obwohl ich glaube, wer uns mündlich belügt, ist auch im Stande, uns schriftlich zu belügen. (Heiterkeit.) Der Antrag Barfuß, in Polen nur deutsche und polnisch sprechende Kandidaten aufzustellen, ist mir sympathisch. Wenn es irgend möglich ist, muß ihm Folge gegeben werden. Die Streitigkeiten, die Animosität gegen die Polen muß aufhören. Karl Marx hat sich in erst kürzlich gefundenen Papieren über die Polenfrage ausgesprochen und ist für die Unabhängigkeit Polens eingetreten. Er sagt, die Polenfrage kann nur gelöst werden durch Wiedererrichtung des Polenreiches auf demokratischer Grundlage. Die deutschen Arbeiter müssen dafür eintreten, weil Deutschland an der Teilung Polens mitgeholpen hat. Man sagt immer, die deutsche Kultur ist höher wie die polnische. Das ist nur sehr bedingt richtig. Ist das etwa Kultur, wenn ein Beamter durch die polnische Bevölkerung mit geiztem Säbel säumt und die Leute mit Hunde und Gefindel anredet? Ist der Gutsherr mit der Peitsche in der Hand ein Kulturträger? Solche Kultur ist eine Schmach und eine Schande. Den Polen ist schweres Unrecht geschehen. Die deutschen Arbeiter haben die Pflicht, für die Gleichberechtigung der Polen einzutreten.

Kraupp-Stettin erklärt sich für schriftliche Abgabe der Versprechungen, man habe dadurch den bürgerlichen Kandidaten doch fetter in der Tasche.

Abg. Jubel-Berlin hält alle Abmachungen mit Gegnern für eine mehr oder weniger große Farce. Wohl sehr wenige Delegierte seien mit den gestrigen Ausführungen Schippels einverstanden (Sehr richtig). Bei solchen Argumentationen werde es den Genossen wohl sehr schwer sein, im Wahlkampf gegen die Flottenpläne aufzutreten. Der Parteitag müsse es aussprechen, daß die Sozialdemokratie sich ganz entschieden gegen jede Vernehrung des Landheeres und der Flotte ausspricht und danach handelt. In aussichtslosen Wahlkreisen müsse jede Doppelkandidatur vermieden werden. Den Antrag Barfuß unterstütze er. In Oberbischlesien ist Agitation nur möglich, wenn sie in polnischer Sprache betrieben wird. Sonst ist das Geld zum Fenster hinausgeworfen. Die Hamburger werden mir zugeben, daß die plattsprachigen Genossen auf dem Lande viel mehr ausrichten, als die Berliner und mitteldeutschen, die nur hochdeutsch sprechen.

Morawski-Berlin befreit, daß die polnischen Genossen in erster Linie Nationalpolen seien, sie seien auch gute Sozialisten. Die Annahme des Antrages Barfuß sei unbedingt notwendig. Seine weiteren Ausführungen beziehen sich auf seinen Streit mit Dr. Winter-Königsbühne und werden mit großer Anruhe angehört.

Mittag-Halle: Der Antrag Barfuß halte ich für überflüssig. Jedem Kreise muß es überlassen bleiben, seinen Kandidaten selbst anzustellen und da hat niemand etwas hineinzureden. Die Resolution Bebel bitte er anzunehmen.

Kaenzlein bringt folgenden Antrag ein: In die Resolution Bebel ist in Punkt 4 aufzunehmen:

- a) Gegen jede Erhöhung des bestehenden Standes des Heeres oder der Marine.
- b) gegen jede Aufhebung oder Einschränkung von Arbeiter- schutz- oder Arbeiterversicherungs-gesetzen oder -Verordnungen außer in den unter a) angeführten Fällen.

Redner wendet sich gegen die Aeußerung Schippels über den Militarismus. In Vorwärts fand noch neulich, dem Militarismus keinen Mann und keinen Groschen, und nun hören wir von Schippel, daß er sogar unter Umständen für neue Kanonen zu haben ist. (Auer ruft: das hat er nicht gesagt.) Ich glaube, ich sollte auf den Rücken fallen, als ich das hörte. Früher fand Schippel auf dem linken Flügel der Partei und jetzt, welche Wandlungsfähigkeit bei ihm. Das Amendement Kaenzlein sei notwendig.

Abg. Peus: Die Aeußerungen Schippels waren wohl etwas unvorbereitet ausgesprochen. Sie konnten den Eindruck hervorrufen, als hätten die Unrecht gehabt, die gegen die Artillerieforderung gestimmt haben. Wir halten den Krieg für unberechtigt und haben dafür zu sorgen, daß unsere Proletarier überhaupt nicht mehr in den Krieg ziehen brauchen. In der Agitation müssen wir mehr positive Arbeit leisten und uns nicht bloß auf die Kritik des Bestehenden beschränken. Wir müssen zeigen, wie wir uns die Verwirklichung der positiven Forderungen unseres Programms denken. Zur Resolution Bebel möchte ich sagen: „Fügen Sie nichts mehr hinzu!“

Fran Greiffenberg-Berlin bittet die Genossen mehr als bisher dafür einzutreten, daß den Frauen das Wahlrecht gegeben wird. Die Frau spielt eine wichtige Rolle im Wahlkampf wegen ihres Einflusses auf die Männer. Den Frauen muß vor Augen geführt werden, welchen Vorteil sie davon haben, wenn die Männer unsere Genossen wählen. Sie werden dann die sämtlichen Männer zur Wahlurne schicken und Schlepperdienste verrichten. (Beifall.)

Schade-Halle bittet, den Zusatz g (jede Vernehrung von Heer und Marine) hinzuzufügen, und spricht sich gegen jede Doppelkandidatur aus. Man müsse endlich von der Aufstellung langvoller Namen zurückkommen. Die Hauptsache ist, daß der Genosse seine Schuldigkeit thut.

Außer der Reihe bekommt das Wort Abg. Schippel: Ich bin gestern doch erheblich mißverstanden worden. (Rufe: Aha!) Ich habe gestern ausdrücklich hervorgehoben, daß die Fraktion einstimmig gegen die geforderten Kredite gestimmt hat. Ich selbst habe also auch dagegen gestimmt. Ich hatte auch nicht die Absicht, Zustimmung für ähnliche Verifikationen zu machen. Ich habe nur persönlich meine Ansicht dahin aussprechen wollen, daß wir in dieser Zwischmühlenlage vor der Sache weder in der Öffentlichkeit noch im Parlament großes Aufhebens machen konnten. Die Soldaten und Formationen sind bewilligt, wir können es nicht ändern, es liegt nicht in unserer Macht. Das heutige System lebt vom Kriege, wir müssen damit rechnen, daß Kriege ausbrechen können, die wir nicht wollen, die wir aber auch nicht verhindern können. Sie werden es verstehen, daß man das Gefühl haben könne, dem ich gestern Ausdruck gegeben habe, daß es möglich ist, wenn unsere Soldaten schlechter ausgerüstet in den Krieg gehen. Ich meine eben, eine solche Situation ist nicht günstig, große Kredite zu haben und unsern prinzipiellen Standpunkt zu wahren. Kommt es noch zu einem Kriege, erleben wir eine Niederlage, fließt das Blut unserer Brüder in doppeltem Maße, dann werden wir gewiß der Regierung einen Fortwurf machen. (Lebhafter Widerspruch.) Ich bitte Sie also streng zu unterbinden. Die Fraktion hat einstimmig

bagegen gestimmt, sie hatte aber recht, von der ganzen Sache nicht großes Aufhebens zu machen.

Sindermann - Dresden ist der Ansicht, daß sich Schippel in dieser zweiten Rede noch mehr in die Sache verwickeln müsse. Man werde mit Schippel noch Abrechnung halten müssen.

Abg. Auer. Es ist hier das Wort gefallen, mit dem Genossen Schippel müsse noch Abrechnung gehalten werden.

Abg. Auer. Es ist hier das Wort gefallen, mit dem Genossen Schippel müsse noch Abrechnung gehalten werden.

Abg. Auer. Es ist hier das Wort gefallen, mit dem Genossen Schippel müsse noch Abrechnung gehalten werden.

Abg. Auer. Es ist hier das Wort gefallen, mit dem Genossen Schippel müsse noch Abrechnung gehalten werden.

Abg. Auer. Es ist hier das Wort gefallen, mit dem Genossen Schippel müsse noch Abrechnung gehalten werden.

Abg. Auer. Es ist hier das Wort gefallen, mit dem Genossen Schippel müsse noch Abrechnung gehalten werden.

Abg. Auer. Es ist hier das Wort gefallen, mit dem Genossen Schippel müsse noch Abrechnung gehalten werden.

Abg. Auer. Es ist hier das Wort gefallen, mit dem Genossen Schippel müsse noch Abrechnung gehalten werden.

Abg. Auer. Es ist hier das Wort gefallen, mit dem Genossen Schippel müsse noch Abrechnung gehalten werden.

Abg. Auer. Es ist hier das Wort gefallen, mit dem Genossen Schippel müsse noch Abrechnung gehalten werden.

Abg. Auer. Es ist hier das Wort gefallen, mit dem Genossen Schippel müsse noch Abrechnung gehalten werden.

Abg. Auer. Es ist hier das Wort gefallen, mit dem Genossen Schippel müsse noch Abrechnung gehalten werden.

Abg. Auer. Es ist hier das Wort gefallen, mit dem Genossen Schippel müsse noch Abrechnung gehalten werden.

Abg. Auer. Es ist hier das Wort gefallen, mit dem Genossen Schippel müsse noch Abrechnung gehalten werden.

Abg. Auer. Es ist hier das Wort gefallen, mit dem Genossen Schippel müsse noch Abrechnung gehalten werden.

Abg. Auer. Es ist hier das Wort gefallen, mit dem Genossen Schippel müsse noch Abrechnung gehalten werden.

Abg. Auer. Es ist hier das Wort gefallen, mit dem Genossen Schippel müsse noch Abrechnung gehalten werden.

Abg. Auer. Es ist hier das Wort gefallen, mit dem Genossen Schippel müsse noch Abrechnung gehalten werden.

ind. Wir dürfen nicht mehr im Volkentuchtsheim wohnen und vom Mond herab Reden halten. Wir kämpfen auf der Erde, nicht mit Phrasen, sondern mit Argumenten, die aus den Verhältnissen geschöpft sind.

Der Parteitag protestiert gegen die anlässlich der Berichterstattung über die parlamentarische Tätigkeit der Fraktion von dem Genossen Schippel ausgesprochene Auffassung, daß sozialdemokratische Abgeordnete im Deutschen Reichstage aus irgend welchen Gründen, entgegen aller bisher von der Fraktion befolgten Taktik für Bewilligung von Geldern zu militärischen Zwecken ihre Stimme abgeben dürften.

Die Ehre der Partei erfordert es, daß der Parteitag klar und eindeutig sich einigt gegen eine von diesem bisher in Wort und Schrift durch die Gesamtpartei vertretenen prinzipiellen Standpunkt abweichende Auffassung des Genossen Schippel.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen. Ehe aber Bebel das Schlußwort erhält, wird nach die Solinger Angelegenheit erledigt.

Dr. Krons berichtet über die Verhandlungen der gestern eingeleiteten Kommission und ersucht folgende Beschlüsse zur Annahme: In Solingen wird ein Kandidat aufgestellt, der mit keiner der beiden Parteien in Verbindung steht; die beiden Männer werden in eins verzeichnet und dieses Paar kommt in Parteiregie.

Beide - Altona eröffnet die Sitzung um 3 Uhr. Das Schlußwort zum Punkt Reichstagsarbeiten erhält.

Abg. Bebel: Die Rede hat wieder gezeigt, daß wir mit herzergründender Offenheit verhandeln, mitunter sogar mit einer gewissen Rücksichtlosigkeit.

Abg. Bebel: Die Rede hat wieder gezeigt, daß wir mit herzergründender Offenheit verhandeln, mitunter sogar mit einer gewissen Rücksichtlosigkeit.

Abg. Bebel: Die Rede hat wieder gezeigt, daß wir mit herzergründender Offenheit verhandeln, mitunter sogar mit einer gewissen Rücksichtlosigkeit.

Abg. Bebel: Die Rede hat wieder gezeigt, daß wir mit herzergründender Offenheit verhandeln, mitunter sogar mit einer gewissen Rücksichtlosigkeit.

Abg. Bebel: Die Rede hat wieder gezeigt, daß wir mit herzergründender Offenheit verhandeln, mitunter sogar mit einer gewissen Rücksichtlosigkeit.

Abg. Bebel: Die Rede hat wieder gezeigt, daß wir mit herzergründender Offenheit verhandeln, mitunter sogar mit einer gewissen Rücksichtlosigkeit.

Abg. Bebel: Die Rede hat wieder gezeigt, daß wir mit herzergründender Offenheit verhandeln, mitunter sogar mit einer gewissen Rücksichtlosigkeit.

Abg. Bebel: Die Rede hat wieder gezeigt, daß wir mit herzergründender Offenheit verhandeln, mitunter sogar mit einer gewissen Rücksichtlosigkeit.

Abg. Bebel: Die Rede hat wieder gezeigt, daß wir mit herzergründender Offenheit verhandeln, mitunter sogar mit einer gewissen Rücksichtlosigkeit.

Abg. Bebel: Die Rede hat wieder gezeigt, daß wir mit herzergründender Offenheit verhandeln, mitunter sogar mit einer gewissen Rücksichtlosigkeit.

Abg. Bebel: Die Rede hat wieder gezeigt, daß wir mit herzergründender Offenheit verhandeln, mitunter sogar mit einer gewissen Rücksichtlosigkeit.

Abg. Bebel: Die Rede hat wieder gezeigt, daß wir mit herzergründender Offenheit verhandeln, mitunter sogar mit einer gewissen Rücksichtlosigkeit.

Abg. Bebel: Die Rede hat wieder gezeigt, daß wir mit herzergründender Offenheit verhandeln, mitunter sogar mit einer gewissen Rücksichtlosigkeit.

der Marine, keine Einschränkung der Arbeiterschutzgesetze und 2. Sicherungsgesetze) angenommen.

Sindermann - Dresden zieht seine Resolution zurück, da Zweck derselben durch die Debatte erreicht worden sei.

Es kommt die Frage der „Maifeier“ zur Verhandlung. Referent ist Förster-Hamburg beauftragt. Er faßt sich sehr kurz.

Die Gothaer Resolution empfiehlt Arbeitsruhe jeweils die Interessen nicht geschädigt werden.

Stollen-Hamburg begründet den Hamburger Antrag, wohl keine Ansicht auf Annahme, den er aber doch gestellt habe.

Die Gothaer Resolution empfiehlt Arbeitsruhe jeweils die Interessen nicht geschädigt werden.

Stollen-Hamburg begründet den Hamburger Antrag, wohl keine Ansicht auf Annahme, den er aber doch gestellt habe.

Die Gothaer Resolution empfiehlt Arbeitsruhe jeweils die Interessen nicht geschädigt werden.

Stollen-Hamburg begründet den Hamburger Antrag, wohl keine Ansicht auf Annahme, den er aber doch gestellt habe.

Die Gothaer Resolution empfiehlt Arbeitsruhe jeweils die Interessen nicht geschädigt werden.

Stollen-Hamburg begründet den Hamburger Antrag, wohl keine Ansicht auf Annahme, den er aber doch gestellt habe.

Die Gothaer Resolution empfiehlt Arbeitsruhe jeweils die Interessen nicht geschädigt werden.

Stollen-Hamburg begründet den Hamburger Antrag, wohl keine Ansicht auf Annahme, den er aber doch gestellt habe.

Die Gothaer Resolution empfiehlt Arbeitsruhe jeweils die Interessen nicht geschädigt werden.

Stollen-Hamburg begründet den Hamburger Antrag, wohl keine Ansicht auf Annahme, den er aber doch gestellt habe.

Die Gothaer Resolution empfiehlt Arbeitsruhe jeweils die Interessen nicht geschädigt werden.

Stollen-Hamburg begründet den Hamburger Antrag, wohl keine Ansicht auf Annahme, den er aber doch gestellt habe.

Die Gothaer Resolution empfiehlt Arbeitsruhe jeweils die Interessen nicht geschädigt werden.

Stollen-Hamburg begründet den Hamburger Antrag, wohl keine Ansicht auf Annahme, den er aber doch gestellt habe.

Die Gothaer Resolution empfiehlt Arbeitsruhe jeweils die Interessen nicht geschädigt werden.

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Der Septennatidee vertritt die Korrespondenz für Centralblätter gegen jede Bezugnahme auf das angeblich bewährte Militärpatent.

Buchhandlung der Volksstimme.

Breitweg 127.

Die Buchhandlung der Volksstimme hält folgende Schriften vorrätig, die auch durch die Kolportage zu beziehen sind:

Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. Von Friedrich Engels. Verlag von J. F. W. Metz-Stuttgart. Preis gebunden 1.2. Mark.

Das Studium dieses kleinen Wertes ist ein sehr lohnendes. Der Verfasser dieses Buches ist, wie unseren Lesern bekannt, der Begründer der materialistischen Geschichtsauffassung, der mit Marx für die Geschichts- und Gesellschaftswissenschaft so großes geleistet hat. Die bedeutenden Forschungen Lewis H. Morgans hat Engels sich zu Nutze gemacht und an der Hand derselben versucht, der gesellschaftlichen Entwicklung der Menschheit nachzugehen. Wir müssen sagen: Engels hat hierin großes geleistet, wiewohl hier und da in nebenstehenden Fragen die Ansicht der einzelnen Freunde einer materialistischen Geschichtswissenschaft auseinandergehen. Engels geht in diesem Buche zurück bis zur Wildheit der Menschen und baut logisch einen Stein auf den anderen, um das Kulturgebäude, wie es entstanden ist, zu zeigen. Die Gensorganisation und deren Fortentwicklung bis zur Teilung und Auflösung in Gemeinde- und Markgenossenschaften bzw. in Städte und Staaten-gebilde schildert der Verfasser kurz und verständlich. Dabei kommt er auf die Entstehung des Privateigentums zu sprechen. Dieses Kapitel dürfte besonders das Interesse der Frau erwecken. Denn Engels schildert so treffend, wie die Frau zur Zeit des Mutterrechts eine so heilige Stellung hatte, wie sie aber nach dem Sturze desselben und bei dem folgenden Aufkommen des Privateigentums so rechtlos und unterdrückt ihr Leben fristen muß. Kurz und knapp ist der Inhalt des Buches abgefaßt, aber geistvoll; es ist ein Extrakt des sehr umfangreichen Wissens unseres nun leider toten Vorkämpfers. Es ist populär abgefaßt und kann von jedem verstanden werden.

Die Empfehlung der Schriften wird fortgesetzt.

Wahl der Regierung durch das Volk.

M. Im Berner Großen Räte (Landtage) wurde in den letzten Tagen des September über einen Antrag des Oberst Lenz, der die Wahl der Regierung durch das Volk (statt wie jetzt durch die Abgeordneten des Landtages) forderte, eine Entscheidung herbeigeführt. Der Regierungsrat Gobat, der seine Weisheit über Demokratie anscheinend aus siebenmal versiegelten Büchern geschöpft hat, charakterisierte diesen vom Geiste realer Demokratie diktierten Antrag als einen „Ausfluß der excessiven Demokratie“, der überdies durch die ihm inwohnende „Anarchie“ zur Diktatur (des Proletariats?) und zum „Cäsarismus“ führe. Diese Volksrechte seien eine „Fälschung staatsrechtlicher Grundsätze“. Man verheißt dem Volke Brot und gebe ihm nachher Steine usw.

Diesem weisen Regierungsrat wurde nun von den Abgeordneten Oberst Lenz, Millet und dem Sozialdemokraten Reimann übel mitgespielt. Der Definition Gobats, daß die Demokratie die Regierung für das Volk sei, wurde die richtige Begriffsbestimmung: „die Demokratie sei die Regierung für und durch das Volk“ gegenübergestellt. Ein in letzterem Sinne gegebenes Gesetz und Recht sei eins der besten Sicherheitsventile; überdies würde endlich einmal dadurch das Claquewesen unmöglich werden, ebenso dürfte es dann nicht mehr vorkommen, daß Leute als Minister gewählt würden, die nicht einmal die Verfassung des Landes kennen oder anderswie für unqualifiziert gehalten werden müßten.

Ein: der besten Reden hielt unser Genosse Reimann. Er verteidigte zugleich noch den Grundgedanken der Proportionalität und hieß den sich „nach rückwärts revidierten“ Gobat unter lebhaftem Beifall einer großen Anzahl Abgeordneten mit Citaten einer von Gobat verfaßten Geschichte aus der Periode 1846—1871, zusammen. „Die Mitglieder der Regierung“, so sagt u. a. darin der einstige radikale Gobat, „dürfen nicht der Gegenstand von Intrigen und Kivalitäten der Parteien in der gesetzgebenden Behörde sein; man soll sie nicht dazu erniedrigen, daß sie den Landtagsabgeordneten den Hof machen und um ihre Stimmen betteln müssen, indem man sie dazu nötigt, ihre Grundsätze preiszugeben, um denjenigen nicht zu mißfallen, welche sie wählen. Ob schon im Rang unter der gesetzgebenden Gewalt stehend, ist die Regierung nichtsdestoweniger unabhängig; sie stellt das Volk dar in seinem praktischen Leben, wie der gesetzgebende Bürger es in der Diskussion und nach dem Reich der Theorien darstellt. Aus diesem Grunde gehört die Wahl der Regierung dem Volke!“

Die nach dieser wirkungsvollen Rede erfolgte Abstimmung ergab 64 gegen nur 48 für die Volkswahl. Die Mehrheit gegen die Volkswahl ist ein Produkt des hiesigen politischen Freijunns, der sich gegenwärtig am Ruder befindet und bei einer Volkswahl Einbuße an Ministerstellen erleiden würde. Die respektable Minderheit bestimmte, daß die Initiative ergriffen werden soll. Demnach ist die Redebeschlacht im Landtage zu Bern der Anfang von einer bedeutungsvollen Bewegung mit dem Ziel tief einschneidender Reformen gewesen.

Soziale Bewegung.

Inland.

* In Magdeburg sind in der Buchauer Porzellan-Manufaktur Differenzen ausgebrochen. — In der Textilfabrik von Gerhard Lindemann in Hohentorchen (Sachsen) wegen bedauerlicher Lohnreduktionen ein Streik ausgebrochen. Die Nichtbeteiligten haben sich solidarisch erklärt und legen die Arbeit ebenfalls nieder. Organisiert sind 23 Mann, am Streik beteiligt sind 27 Mann. Hierunter kommen noch 44 Mädchen, die durch den Streik in Mitleidenschaft gezogen sind. Sendungen und Anträge sind zu richten an Bernhard Herzlich in Lunzenau, Penzler Straße.

— Die **Schuhmacher-Aussperrung** in München geht, nachdem in den größeren Werkstätten bewilligt worden ist, ihrem Ende entgegen. Die Zahl der Ausgesperrten, die anfangs 155 betrug und sich durch Abreise u. a. auf 96 vermindert hatte, ist jetzt bis auf 40 zurückgegangen. — In Hamburg-Warmbeck streifen seit 1. Oktober die **Zurichter** der Rauchwarenzurichterlei von Gebr. Wöf. —

Der **Berliner Formierstreik** beschäftigte Dienstag vormittag das Einigungsamt des Gewerbegerichts abermals. Es wurde ein Schiedsspruch gefällt. Das Amt schlug folgenden Vergleich vor: „Nachdem durch die Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts tatsächlich festgestellt worden ist: 1. daß der Anspruch der Arbeitnehmer, den streitigen Doppelzylinder und die Gleitbahn zu dem von den Arbeitnehmern geforderten Preise und in der Borsigischen Gießerei fertig zu stellen, ebenso unberechtigt war, wie die auf die Ablehnung dieses Anspruches gegründete Weigerung der Former der übrigen Gießereien des Verbandes der Berliner Metallindustriellen, Borsigische Arbeit anzufertigen; 2. daß die Forderungen, welche seitens der Arbeitnehmer fünf Tage nach Ausbruch des Streiks gestellt wurden, mit dem Streik selbst in keinem Zusammenhang stehen, auch nicht so weit sie jetzt zur Annahme gelangen, schließen die Parteien folgenden Vergleich: 1. Die Accordlöhne für die anzufertigenden Arbeiten sind zwischen den zur Ausführung bestimmten Formern und den Meistern bzw. Gießereivorlesern zu vereinbaren. 2. Solcher Guß, der nachweislich ohne Verschulden des Formers zum Ausschluß wird, soll bezahlt werden. In Streitfällen sollen beteiligte Former gehört werden. 3. Die Arbeitgeber werden die am Streik beteiligten Former nach Bedarf wieder einstellen, möglichst bevor auswärtige Former zur Beschäftigung angenommen werden. Es wird keinem der am Streik beteiligten Arbeitnehmer, sofern er die Verpflichtung übernimmt, seine Mitarbeiter, welche während des Streiks gearbeitet haben, dieserhalb weder durch Worte noch That innerhalb wie außerhalb der Werkstätten zu beleidigen oder zu belästigen, von dem Arbeitsnachweis des Verbandes der Berliner Metallindustrieller der Arbeitsschein vorenthalten werden.“ — Die Parteien erklärten sich mit dem Vergleich einverstanden, nachdem Direktor Dorn von der Firma Borsig sich bereit erklärt hatte, noch im Laufe des Nachmittags mit Borsigischen Arbeitern über die dort schwebenden Differenzen zu verhandeln. Die Arbeitnehmer werden in der Versammlung den Vergleich voraussichtlich acceptieren. Sobald das geschehen ist, wird die Arbeit in allen Gießereien wieder aufgenommen. Falls die Streikenden die Abmachungen ihrer Vertreter ablehnen, fällt das Gericht einen Schiedsspruch.

* In Lübeck hatten mehrere **Tischler** die „auf dem Bahnhofsengel angekommenen sogenannten Arbeitswilligen, die dort von den Fabrikanten erwartet wurden, aufgefordert, Solidarität gegen die streikenden Fachgenossen zu üben. Einige der Tischler wurden deshalb sistiert und man erhob gegen sie Anklage wegen groben Unfugs, weil sie die Arbeitswilligen belästigt hätten. Das Schöffengericht verurteilte einen zu 10 Mark Geld- und zwei andere zu Haftstrafen von 3 Tagen und 1 Woche, und zwar weil sie die Fabrikanten belästigt hätten. Um die fremden Tischler auf den Streik aufmerksam zu machen, habe ein Mann genügt, es seien aber 10 bis 12 Streikende auf dem Bahnhofsgelände gewesen.

Die **Körperlänge unserer Fabrikbevölkerung** und Großstädter ist im fortgesetzten Rückschritt begriffen und der Zeitpunkt rückt immer näher, daß das Maß der Restruktion viel niedriger gesetzt werden muß, wenn man die Heeresstärke auf der Höhe erhalten will. . . . Der Körper unseres Fabrikarbeiters ist degeneriert und daher unfähiger, zu widerstehen, was man schon daran erkennt, daß die mittlere Lebensdauer desselben sinkt und seine Kinder einer größeren Sterblichkeit anheimfallen. — Diese Ausführungen befinden sich in den Blättern für Handel, Gewerbe und soziales Leben, dem Beiblatt der Magdeburgischen Zeitung, einer in der Wollgefabrik Segnerin des durchgreifenden Arbeiterschutzes, den unsere Partei fordert und der allein der Degeneration der arbeitenden Bevölkerung einen Damm setzen kann.

Ausland.

Zum Kampf der **englischen Maschinenbauer**. Die Verhandlungen zwischen dem Handelsamt und den beiden Parteien dauern fort; der Daily Chronicle zufolge soll die Anberaumung eines Einigungstermins in naher Aussicht stehen. — Vom Deutschen Holzarbeiter-Verband sind beim Streikamt 2000 Mark eingegangen. — Der Kölnischen Zeitung wird aus London telegraphiert: Die Ausfichten auf Beilegung des Ausstandes der Maschinenarbeiter bessern sich. Die Unternehmer nahmen in einer Versammlung in Birmingham die von dem Präsidenten des Handelsamtes vorgeschlagene Grundlage zu einer Beratung mit den Arbeitern an, die Ende dieser Woche stattfinden würde. — Der **Möbelarbeiter-Streik** in Helsingborg ist unter Vermittlung der Lohnforderungen der Arbeiter beendet. — Der Streik der **Feilenarbeiter** Wiens wurde durch einen befriedigenden Ausgleich, der am 30. September zwischen beiden Seiten beschloffen und von den Streitenden in der Versammlung am 1. Oktober acceptiert wurde, beendet.

Gerichtliche Urteile.

Landgericht Magdeburg.

Der Kleidergeschäftler Max Lamm, geboren 1867, und der Kellner Karl Baumbach, geboren 1875, von hier wurden von der Anklage des gemeinschaftlichen **Betrugs**, Lamm auch von der Anklage des **Diebstahls** freigesprochen. — Wegen **Körperverletzung** sind an-

geklagt: 1. der Zimmerlehrling Robert Koch, geboren 1880, 2. der Zimmerlehrling Friedrich Stucke, geb. 1880, 3. der Arbeiter Ernst Weber, geb. 1881, 4. der Feigenschmied Andr. Wahlbeck, geb. 1879, 5. der Siebelerlehrling Gustav Bornmann, geb. 1880, aus Schönebeck. Sie sollten am 8. Juli d. J. in einem Tanzlokal zu Grünwalde auf einen Soldaten, der angetrunken war und die Tanzenden anrempelte, sowie auf einen Arbeiter, der ihn in Schutz nahm, losgeschlagen haben, wobei sie Schirme und Stöcke benutzten. Die Verhandlung stellte nur die Beteiligung der Angeklagten Koch und Stucke fest. Koch erhielt zusätzlich 6 Wochen Gefängnis. Stucke dagegen 20 Mark Geldstrafe. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Der Kaufmann Johannes Genthle hier, geboren 1862, wurde von der Anklage des **Betrugs** freigesprochen.

Der Arbeiter Otto Lamatowitsch in Burg, geboren 1874, und der Hilfsbahnwärter Friedrich Gorges zu Detershagen, geboren 1863, schlugen am 11. Juli d. J. zu Detershagen infolge eines Streites gemeinschaftlich auf einen Arbeiter mit Fäusten los und traten ihn mit den Füßen. Der Gerichtshof verurteilte Lamatowitsch wegen **Widhandlung** zu 2 Monaten Gefängnis, Gorges zu 150 Mark Geldstrafe eventl. 30 Tagen Gefängnis.

Der schon vielfach bestrafte Kellner Andreas Laubon aus Böttersdorf, geboren 1856, bot zwei Kellnern im Januar 1894 an, er wolle ihnen englischen Unterricht erteilen und schwindelte ihnen je ein Lehrbuch, das nur eine Mark kostete, zum Preise von 3,56 Mark an. Ferner versprach er einem der beiden Kellner, der erkrankt war, Medizin zu besorgen und ließ sich dafür 2,50 Mark einhändigen. Laubon behielt das Geld und kam nicht wieder. Ihn trafen wegen **Betrugs** in 3 Fällen, verübt im wiederholten Rückfalle, 1 Jahr 1 Monat Zuchthaus, 450 Mark Geldstrafe eventl. weitere 20 Tage Zuchthaus, und 5 Jahre Ehrverlust.

In der Wohnung des Tischlermeisters Karl Hornemann und dessen Ehefrau Dorothee, geb. Wiegand, zu Langenweddingen, erschien am 2. April d. J. der Amtsdienerr, um einen Steuerrest von 10,61 Mark nebst Kosten einzuziehen. Als Zahlung verweigert wurde und der Amtsdienerr deshalb seinem Auftrag gemäß zur Pfändung schritt, leisteten die Eheleute Hornemann **Widerstand** und griffen ihn thätlich an, der Ehemann Hornemann **beleidigte ihn** auch durch Schimpfreden. Das Urteil lautete in Anbetracht der Vorstrafen gegen den Ehemann Hornemann auf 3 Monate und ein Tag Gefängnis, gegen Frau Hornemann auf 15 Mark Geldstrafe.

Schöffengericht Magdeburg.

Der Kaufmann Abraham Marwinski zu Groß-Ottersleben, geboren 1873, war am 15. August d. J. angetrunken, griff ohne ersichtlichen Grund im Strumpfschen Lokale den Bierzapfer Büchner an und riß ihm den Rock, der 15 Mark wert war, derart entzwei, daß derselbe nicht mehr getragen werden konnte. Das Schöffengericht strafte den Angeklagten wegen **Sachbeschädigung** mit einer Woche Gefängnis.

Der Bautechniker Bruno Hennig aus Königsberg, geboren 1861, beging im „Thüringer Hof“ **Zechprellerei** in Höhe von 10,30 Mk. und im „Eichbaum“ in Betrage von 1,40 Mk. Der Angeklagte giebt die Thaten an sich zu, behauptet aber, er habe im guten Glauben gehandelt, die Wirte bezahlen zu können, da er gehofft hätte, seine reichen Brüder in Königsberg, ein Justizrat und ein praktischer Arzt, würden ihm Unterstützung senden. Der Gerichtshof nahm Betrug in zwei Fällen als vorliegend an und strafte den Angeklagten mit zwei Monaten Gefängnis. Die Beträge sind trotz verschiedener Briefe von den Angehörigen Hennigs noch nicht bezahlt.

Der Maschinist Paul Kurz, früher hier selbst, wurde von der Anklage der **Schlerei** freigesprochen.

Der Kellner Friedrich Kramer hier, geboren 1857, erhielt wegen **Erregung ruhestörender Lärms** und wegen **Sausfriedensbruchs** Strafbesehle in Höhe von je 15 Mark. Er erhob Widerspruch. Heute wurde festgestellt, daß Kramer sich in der Nacht zum 22. Juli 1897 in dem Bielerischen Lokale des Sausfriedensbruchs schuldig gemacht und auf der Straße vor der Restauration geklämt hat. Das Urteil lautete wegen beider Straftaten in Anbetracht der Vorstrafen auf 30 Mark Geldstrafe.

Nachrichten aus Magdeburg.

— Die Firma **J. G. Sauswaldt** hat am 1. Oktober sämtliche alten Arbeiter, die 25 Jahre und länger im Dienste der Firma J. G. Sauswaldt gestanden haben, ein Sparkastensbuch mit einem unabhätigen Gelddetrage ausgehändigt. Dies ist gleich den schon lange bestehenden jugendspendlichen Wohlfahrtsvereinigungen für sämtliche Beschäftigte der Firma ein neuer Beweis für das gute Einvernehmen zwischen der Firma und ihren Arbeitern, schreibt hierzu die Magdeburgische Zeitung, und ihr nachklaffen wird der Central-Arbeiter. Wir sind nicht dieser Ansicht. Wir erinnern unsere Leser an die Entlassung eines Arbeiters bei genannter Firma, der sich für die Organisation der Fabrikarbeiter betätigte. Im Uebrigen sagen wir: jene Spenden sind nichts anderes als ein ganz kleiner Teil des einfließenden vorenthaltenen Arbeitsverdienstes, der ihnen nun als „Spende“ zurückgegeben wird. Die Arbeiter für das Geschäft zu gewinnen, sie von einer Gewerkschaftsbewegung fernzuhalten ist ja jedes Unternehmens Bestreben.

— Auf der **Chemischen Fabrik Sodenburg** sind jetzt die Arbeiter sehr knapp, kaum daß der Betrieb aufrecht zu erhalten ist. Da wo früher drei Mann beschäftigt waren, sind jetzt zwei. Mehr Lohn erhalten diese aber nicht. Es wurden zehn Reservisten erwartet. Diese sind aber nicht erschienen. Warum nicht? Die Schuld hieran hat der Lohn. Es giebt für eine Arbeitsstunde ganze 22 1/2 Pf., also 23 Mark bei einer zehnstündigen Arbeitszeit. Das ist doch wohl für die Arbeit in einer ungeliebten Fabrik zu wenig. Wer mehr verdienen will, muß die Fähigkeit besitzen, eine ganz bestimmte Arbeit in kürzerer Zeit zu können. Da braucht sich wahrlich niemand zu wundern, wenn sich für eine so gering bezahlte Arbeit kein Arbeiter findet.

— **Ueber das Falschen von Schlingen** veröffentlicht der Reichs-

